

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 3 · 25. Februar 2008 · www.cducsu.eu

UiE-Newsletter

ELMAR BROK:

Europäisches Parlament fordert schnelle Ratifizierung des Lissabon-Vertrages Außenpolitik muss parlamentarischer Kontrolle unterliegen

Mit überwältigender Mehrheit hat das Europäische Parlament dem Lissabon-Vertrag seine Zustimmung erteilt. Dabei forderte das Parlament eine schnelle Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten, sowie Mitsprache bei der Amtseinsetzung des Hohen Vertreters für die europäische Außenpolitik. Der neu zu schaffende Auswärtige Dienst müsse im Zuständigkeitsbereich der Kommission liegen.

„Der Vertrag von Lissabon schließt die demokratische Lücke in der Europäischen Union“, betonte der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok in der Plenardebatte. Durch den Lissabon-Vertrag werde das Eu-



ropäische Parlament zusammen mit dem Rat gleichberechtigter Gesetzgeber und wähle den Präsidenten der Europäischen Kommission. Brok: „Der Vertrag von Lissabon muss bis zum Jahresende von allen EU-Staaten angenommen worden sein, damit er zum 1. Januar 2009 in Kraft treten kann. Nur wenn dieser Zeitplan eingehal-

ten wird, kann die Europäische Union bis zu den nächsten Europawahlen 2009 reformiert werden“.

Das Europäische Parlament billigte bei der Abstimmung zwei von Elmar Brok eingebrachte Änderungsanträge, die mehr Klarheit bei der Gestaltung der europäischen Außenpolitik fordern. Danach solle

der für die Außenpolitik zuständige Hohe Vertreter bei Amtsantritt und der Ausübung seines Amtes den gleichen Regeln unterliegen wie die anderen Kommissare. „Der Hohe Vertreter muss durch das Europäische Parlament legitimiert werden. Die parlamentarische Kontrolle der europäischen Außenpolitik muss sichergestellt sein“, so Brok. Zudem sei es notwendig, dass der neu zu schaffende Auswärtige Dienst der EU-Kommission unterstellt werde. „Nur so ist gesichert, dass der Auswärtige Dienst auch einen europäischen Mehrwert liefert, und nicht zum Spielball nationaler Interessen wird“.

Manfred Weber: Grenzschutzpaket der Kommission konkrete Verbesserung – Einführung von Ein- und Ausreiseregistern

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament unterstützt den Vorschlag der EU-Kommission für ein Maßnahmenpaket zum europäischen Grenzschutz. „Das geht in die richtige Richtung und bringt konkrete Verbesserungen“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Manfred Weber (CSU).

„Die Schaffung eines Einreise- und Ausreise-Registers ist ein Fortschritt. Wir nutzen moderne Technik um bestehendes Recht durchzusetzen. Es kann künftig überwacht werden, welche Personen nach Ablauf ihres Visums nicht ausreisen und sich damit illegal in der EU aufhalten. Diese so genannten Overstayers können dann auch zur Fahndung ausgeschrieben werden. Mit die-

sem System kann man im Schengenraum erstmals auch die Zahl der Overstayers feststellen, was bisher nicht möglich ist“, so Weber.

Ebenfalls positiv bewertet die EVP-ED-Fraktion die Vorschläge zum Kommunikationsnetzwerk EUROSUR. „Derzeit sind etwa an der Südgrenze Europas um die 50 Behörden für die Überwachung der Außengrenze zuständig. Wir brauchen hier mehr Koordinierung, gemeinsame Kommunikations-Netzwerke und auch eine bessere Überwachungstechnik. Langfristig sollen auch die Informationen der Dienste zu einem Kommunikationsnetzwerk zusammengefasst werden“, sagte der CSU-Europaabgeordnete.

ELISABETH JEGGLE:

Europäische Union braucht umfassende Strategie für Zentralasien

Die CDU-Europaabgeordnete Elisabeth Jeggle, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und seit 1999 Mitglied in der Zentralasiendelegation des Europäischen Parlaments, hat in Straßburg eine umfassende Strategie für die Beziehungen zu dieser Region gefordert. Sie warnte deshalb in diesem Zusammenhang vor einem Konfrontationskurs gegenüber einzelnen zentralasiatischen Staaten wie Usbekistan: „Es trifft grundsätzlich zu, dass die politische Lage etwa in Usbekistan noch verbesserungsfähig ist. Dies gilt insbesondere für die nach wie vor unbefriedigende Menschenrechtssituation. Gerade in den letzten Monaten waren dort im Bereich der Menschenrechte und der Rechtstaatlich-



Elisabeth Jeggle MdEP

keit jedoch erste kleine Fortschritte zu verzeichnen“. So habe Usbekistan Anfang des Monats sechs aus politischen Gründen Verurteilte amnestiert. Dazu habe auch ein Journalist gehört, der die Regierung wegen der Zwischenfälle in An-

dijan stark kritisiert hatte. Ferner wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2008 die Todesstrafe abgeschafft und damit ein weiterer Schritt in Richtung Demokratisierung getan. Seit Jahresanfang dürfe zudem nur noch auf richterliche Anordnung hin eine Haft oder eine Verlängerung der Haftdauer verfügt werden. „Angesichts der für Mai vorgesehenen zweiten Runde des Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und Usbekistan haben wir gerade jetzt die Chance zur Fortsetzung dieses Prozesses und können dann weitere Schritte in diese Richtung von Taschkent fordern“, so Elisabeth Jeggle weiter.

Es reiche allerdings nicht aus, die Beziehungen der Europäischen Union zu Zentralasien allein auf die Menschen-

rechtsfrage zu begrenzen. „Dieses Thema ist sicher von großer Bedeutung. Es nützt den politisch Verfolgten in den zentralasiatischen Ländern aber wenig, wenn wir immer nur die Fehler und demokratischen Mängel der Regierung kritisieren und die Bemühungen bei der Demokratisierung und den Menschenrechten als ungenügend abtun. Wir müssen stattdessen auf einen wesentlich breiteren Dialog setzen, der kulturelle, politische und wirtschaftliche Aspekte genauso mit einbezieht“, betonte die CDU-Europaabgeordnete.

Den vollständigen Text finden Sie unter: <http://www.cducusu.eu/content/view/4809/32/>

WEITER →

DORIS PACK:

EU hat einheitlich auf Unabhängigkeitserklärung des Kosovo reagiert

In einer Aussprache mit Rat und Kommission über die aktuelle Situation im Kosovo hat die Vorsitzende der Südosteuropa-Delegation des Europäischen Parlaments, Doris Pack (CDU) alle beteiligten Parteien aufgerufen, die Realität zu akzeptieren: „Wer die Situation im Kosovo zwischen 1989 und 1999 erlebt hat, der musste wissen, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo unausweichlich war. Damit wurde dem langjährigen pazifistischen Präsidenten Ibrahim Rugova nun auch posthum Genugtuung zuteil“.

Dennoch sei es bedauerlich, so die Vorsitzende weiter, dass eine Verhandlungslösung unter Beteiligung Serbiens nicht gefunden werden



Doris Pack MdEP

konnte: „Jeder von uns hätte eine solche Lösung mitgetragen. Insofern ist die jetzt erfolgte einseitige Unabhängigkeitserklärung – um mit Churchill zu sprechen – lediglich die schlechteste aller

Möglichkeiten, ausgenommen alle anderen“. Die Europäische Union habe aber schnell auf diese neue Situation reagiert und entschlossen gehandelt. „Die EULEX-Mission für den Kosovo wurde einstimmig auf den Weg gebracht. Sie ist kein Angriff auf Serbien, sondern auch notwendig für die Serben, da wir sorgsam darauf achten werden, dass der Ahtisaari-Plan uneingeschränkt eingehalten wird. Dieser Plan wurde mit einer Zweidrittelmehrheit im Europäischen Parlament angenommen und garantiert die Einhaltung der Minderheitenrechte der Serben, den Respekt vor den Grenzen und die Rechtsstaatlichkeit“, betonte Doris Pack.

Die verantwortlichen Politiker im Kosovo müssten nun mit Augenmaß und Geschlossenheit ihren Staat gestalten. Es gebe im Kosovo eine große Zahl von jungen und gut ausgebildeten Menschen, die am Aufbau des neuen Staatswesens beteiligt werden sollten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit könne nur durch einen funktionierenden Rechtsstaat gewonnen werden. Dabei sei eine kompromisslose Kriminalitätsbekämpfung oberstes Gebot, wenn notwendig mit Unterstützung von EULEX.

Den vollständigen Text finden Sie unter: <http://www.cducusu.eu/content/view/4810/32/>

WEITER →

ANJA WEISGERBER:

Freier Warenverkehr wird Wirklichkeit GS-Zeichen bleibt erhalten

Das Europäische Parlament hat das so genannte Warenpaket abgestimmt, das die Warenverkehrsfreiheit in der EU verbessert und zugleich den Verbraucher durch eine verstärkte Marktüberwachung schützt. Der Vorschlag ist hoch aktuell, nachdem im Sommer letzten Jahres bleihaltiges Spielzeug aus China auf den europäischen Markt gelangte. „Mit den neuen Vorschriften sorgen wir in ganz Europa für eine effizientere Marktüberwachung und bessere Kontrollen – das ist das, was wirklich zählt“, kommentiert die CSU-Europaabgeordnete Dr. Anja Weisgerber.



Anja Weisgerber MdEP

ten müssen verstärkt die Echtheit des Zeichens prüfen und gegebenenfalls strafrechtlich gegen Fälscher vorgehen. „Hierdurch wird der Verbraucher geschützt und auch der ehrliche Hersteller, der alle Vorschriften einhält“, kommentiert die Europaabgeordnete.

„Neben dem Hersteller haben wir nun noch einen zweiten Verantwortlichen – den Importeur. Oft ist es schwierig,

an den Hersteller heranzukommen – denken Sie an China und die Vorfälle im Sommer. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Importeur auch haftbar machen können“, erklärt Anja Weisgerber.

Irreführende Zeichen sind verboten

Für den Verbraucher ist von großer Bedeutung, dass das deutsche GS-Zeichen, das für „geprüfte Sicherheit“ durch eine unabhängige Stelle steht, weiter besteht. „Dass das deutsche GS-Zeichen weiterhin erhalten bleibt, ist dem Einsatz des Parlaments zu verdanken“, freut sich die Abgeordnete. Nach dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission sollte das GS-Zeichen abgeschafft werden.

Auch im Bereich des CE-Zeichens bringt das Warenpaket Vorteile. Die CE-Kennzeichnung (CE=Communauté Européenne) ist das äußere Zeichen dafür, dass die Anforderungen, die die europäischen Richtlinien an das Produkt stellen, erfüllt sind und es frei in der EU vertrieben werden darf. Irreführende Zeichen sind nun verboten und die Mitgliedstaat

Mehr Verbraucherschutz durch bessere Kontrollen

Der Binnenmarkt für Waren war durch viele technische Vorschriften behindert. Aus diesem Grund soll nun europaweit eine einheitliche Produktbewertung erfolgen. Für einige Produkte gibt es allerdings noch keine harmonisierten Vorschriften. „Hier gibt es für die Hersteller jetzt eine Serviceeinrichtung: so genannte Produkt-Kontakt-Punkte. Dort erhalten sie kostenlose Informationen über technische Vorschriften und die zuständigen Behörden“, so Anja Weisgerber. Das gesamte Paket konnte durch die Annahme im Europäischen Parlament in erster Lesung verabschiedet werden. „Wir treiben den Binnenmarkt für Waren heute erheblich voran und gewährleisten zugleich den Schutz des Verbrauchers durch bessere Kontrollen“, resümiert die Abgeordnete.

Alarmierende Zahlen beim demografischen Wandel

Die EU steht vor einem beispiellosen demografischen Wandel. Das Europäische Parlament forderte heute eine nachhaltige Familien- und Bildungspolitik. „Bis 2030 fehlen über 20 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter. Zwei Erwerbstätige müssen dann für einen Rentner aufkommen“, sagte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, **Thomas Mann**.

„Wir brauchen ein familienfreundliches Umfeld in unseren Mitgliedstaaten: Den Ausbau von Angeboten zur Kinderbetreuung, mehr Betriebskindergärten, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die höhere Beteiligung von Frauen am aktiven Arbeitsleben, Teilzeitarbeit für Eltern und sicheren Wiedereinstieg nach der Elternphase, die den Kinderwunsch erleichtern“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Beschäftigungs- und Sozialausschusses.

Seiner Ansicht nach sind zur Verbesserung des Allgemeinwissens und des Fachwissens deutlich höhere Investitionen in die Menschen nötig. „Von den Programmen zum Lebenslangen Lernen sollten nicht nur die jungen Menschen profitieren, sondern genauso die Älteren, die länger als bisher beschäftigt sein wollten und sehr belastbar, kompetent und hochmotiviert sind.“

Strukturpolitik stärkt auch künftig EU-Solidargemeinschaft

Das Europäische Parlament hat sich für eine grundsätzliche Fortführung der EU-Strukturpolitik über die aktuelle Förderperiode 2007 bis 2013 hinaus ausgesprochen. Forderungen nach einer Renationalisierung der Regionalpolitik erteilten die Abgeordneten eine klare Absage. In der Abstimmung zum 4. Kohäsionsbericht der Kommission bestätigten die Abgeordneten die bisherigen Zielsetzungen der Strukturpolitik. Diese müsse durch die Unterstützung der schwächsten Regionen auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zur europäischen Solidargemeinschaft leisten. „Wir sagen klar, dass die Unterstützung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und die grenzüberschreitende Förderung dauerhafter Bestandteil der EU-Strukturpolitik bleiben müssen“, so der CDU-Europaabgeordnete **Markus Pieper**.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, E-Mail: stephan.mock@cducsu.de.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →